

Außerdem:

Frau Katarzyna Bandurka	SPD-Fraktion	(ab 19:05 Uhr)
Frau Regina Enners	AfD-Fraktion	(bis 19:56 Uhr)
Frau Manuela Giorgis	FDP-Fraktion	

Vom Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin
Herr Francesco Arman	Stadtrat

Von der Verwaltung:

Frau Gabi Keiner	Stellv. Leiterin des Jugendamtes	(bis 20:07 Uhr)
Frau Christina Bräutigam	Jugendamt	(bis 20:07 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrea Allamode	Stellv. Schriftführerin
----------------------	-------------------------

Entschuldigt:

Herr Michael Beltz	Fraktion Gießener Linke
--------------------	-------------------------

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Satzung über die Benutzung von städtischen Kindertagesstätten STV/1013/2018
- Antrag des Magistrats vom 13.02.2018 -
3. Gesellschaftliche Teilhabe durch Erweiterung des ÖPNV Angebots des Gießen-Passes STV/1046/2018
- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 26.02.2018 -
4. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Satzung über die Benutzung von städtischen Kindertagesstätten - Antrag des Magistrats vom 13.02.2018 -

STV/1013/2018

Antrag:

„Den in der Anlage beigefügten Änderungen der städtischen Kindertagesstättensatzung vom 25. Februar 2016 wird zugestimmt.“

Anhand einer PowerPoint Präsentation (ist der Niederschrift als Anlage beigefügt) erläutert **Frau Bräutigam** (Jugendamt) die Änderungen der städtischen Kindertagesstättensatzung. Fragen der Ausschussmitglieder werden von Frau Keiner (Jugendamt) und Bürgermeisterin Weigel-Greilich beantwortet.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, bezeichnet die Pläne der Landesregierung (Freistellung von den Kosten- und Teilnahmebeiträgen für bis zu sechs Stunden täglich für alle Kinder, die im Alter vom vollendeten 3 Lebensjahr bis zum Schuleintritt den Kindergarten besuchen) als „Mogelpackung“, die der Magistrat jetzt im „vorausgehendem Gehorsam“ umsetzen wolle. Zudem gefällt ihm nicht, dass Eltern mit höherem Einkommen künftig mehr bezahlen sollen. Generell habe seine Fraktion nichts gegen Gebührenfreiheit, allerdings müssen zunächst neue Plätze und zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Stv. Riedl, Fraktion Gießener Linke, spricht von einem Schritt in die richtige Richtung. Wünschenswert sei jedoch, dass die Gebührenfreiheit nicht bei einem Einkommen von 1000 Euro ende. Gleichzeitig fordert er zusätzliche Stufen am oberen Ende der Staffel, damit wohlhabende Menschen sich noch stärker beteiligen müssen.

Die Vertreter von SPD und Bündnis 90/Die Grünen - Stadtverordnete Bietz und Zuckermann - äußern sich zustimmend zur Magistratsvorlage.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR, AfD, FW; Nein: FDP; StE: LINKE).

**3. Gesellschaftliche Teilhabe durch Erweiterung des ÖPNV
Angebots des Gießen-Passes
- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 26.02.2018 -**

STV/1046/2018

Antrag:

- „1. Der Magistrat wird beauftragt mit dem Kreisausschuss des Landkreises in Verhandlung zu treten, mit dem Ziel Bürgerinnen und Bürgern, die auf Transferleistungen angewiesen sind, die Nutzung des Gießen-Passes auch für Busverbindungen im Landkreis Gießen zu ermöglichen.
2. Die Stadt Gießen beteiligt sich hälftig an den entstehenden Mehrkosten des Landkreises Gießen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung stellt in diesem Zusammenhang fest, dass Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind und die keinen geförderten Wohnraum in der Stadt Gießen finden können, gesellschaftliche Teilhabe vollumfänglich ermöglicht werden muss.“

Begründung:

Für Bürgerinnen und Bürger die aufgrund von (chronischen) Erkrankungen, körperlicher Einschränkungen, Alter oder Beschäftigungsverhältnissen, die zur Deckung des täglichen Lebensbedarfes nicht ausreichend sind, auf Transferleistungen angewiesen sind, wird es immer schwieriger in der Stadt Gießen Wohnraum zu finden, der den Kostenbeschränkungen der Arbeitsagentur des Landkreis Gießen entsprechen.

Folge ist ein notgedrungenes Ausweichen dieser Bürgerinnen und Bürger bei der Wohnraumsuche auf das Gießener Umland. Nur selten wird die Entscheidung des Umzugs, oder Wohnraumsuche im Landkreis von den Betroffenen freiwillig getroffen. Da der Gießen-Pass jedoch nur eine gesellschaftliche Teilhabe des Betroffenenkreises innerhalb der Stadt Gießen zu gewährleisten versucht, werden diese Menschen von selbiger zunehmend ausgeschlossen.

Viele Einrichtungen der sozialen Teilhabe sind, auch aufgrund der zunehmenden Verödung kleiner Gemeinden, in Gießen aufzufinden. Besuche von Bädern, Teilnahme an VHS-Kursen oder das Wahrnehmen von Betreuungsangeboten bei Kindertagesstätten ist für auf Transferleitungen angewiesene Menschen damit nur noch in Ausnahmefällen möglich. Vor allem ist die Erreichbarkeit entsprechender Einrichtungen mit dem ÖPNV und die damit entstehenden Kosten sind ein wesentliches Problem der Betroffenen Bevölkerungsgruppe.

Wenn nicht ausreichend sozialer Wohnraum in der Stadt vorhanden ist und die Schaffung nur langfristig angedacht ist, wird zumindest die Erweiterung des Gießen-Passes im Bereich des ÖPNV auf den Landkreis die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe der Betroffenen sofort erheblich verbessern.

Stv. Riedl, Fraktion Gießener Linke, trägt den Antrag und die Begründung vor. Unter anderem führt er aus, dass es für Gießener, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, immer schwerer werde, bezahlbaren Wohnraum in der Stadt zu finden. *„Diesen Menschen wird dann vom Arbeitsamt gesagt, sie sollen auf die Dörfer ziehen. Aber auch diese Menschen haben ein Recht auf Stadt“*, so Riedl.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich entgegnet, Gießen sei keine unsoziale Stadt. Im Gegenteil: So seien etwa die Kindergartengebühren die niedrigsten kreisweit und in den angrenzenden Dörfern seien die Mieten mitunter sogar höher und nennt das Beispiel Wettenberg.

Die Stadtverordneten Dr. Greilich, FDP-Fraktion, und Bietz, SPD-Fraktion, sprechen sich vehement gegen den Antrag der Fraktion Gießener Linke aus. So erklärt **Stv. Bietz**, der Hauptgrund, warum ihre Fraktion den Antrag ablehne, sei der, dass die Stadt Gießen der falsche Adressat sei. Als Gießener Stadtverordnete sei man für die Bewohner der Stadt Gießen verantwortlich und nicht für die Bewohner des Landkreises.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Ja: LINKE; Nein: SPD, CDU, GR, AfD, FW, FDP).

4. Verschiedenes

Vorsitzender teilt mit, dass die nächste Sitzung am Mittwoch, 18.04.2018, 19:00 Uhr, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) S a h i n

DIE STELV. SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e